

Mit Christian Williwald, guten Abend. Fortschritte melden die Landeshauptleute von den Verhandlungen zum Finanzausgleich. Das heißt aber nicht, dass sie mit dem heutigen Angebot des Finanzministers zufrieden werden. Die USA und der Iran haben Gefangene ausgetauscht. Der Iran hat ein paar Milliarden Dollar obendrauf bekommen. Vor der UNO-Generalversammlung will die UNO ihre Nachhaltigkeitsziele voranbringen. Das Interesse wichtiger Staaten hält sich in Grenzen. Der Internationale Gerichtshof verhandelt seit heute über den russischen Angriff auf die Ukraine. Die Regierung in Kiew viel festgehalten wissen, dass der Vorwurf des Völkermordes ein Vorwand sei. Mit einer Klage droht die Ukraine auch vor der Welthandelsorganisation, weil drei EU-Länder kein ukrainisches Getreide mehr ins Land lassen wollen. Und in Salzburg regen sich viele Autofahrer und Unternehmer über die Tunnelbaustellen auf der Tauernautobahn auf. Die Asfinax sieht keinen Fehler in der Planung. Zwangsarbeit in der Schweiz. Opfer waren tausende junge Frauen und das noch bis in die 1970er Jahre. Das ist Thema heute im Journal-Panorama. Ab 18.25 Uhr gibt es den Wetterbericht von Gerhard Holzinger. Sommerlich warm war es heute noch einmal in der Osthälfte. Mit Föhn gab es sogar um 30 Grad, nur noch um 20 Grad hingegen im zunehmend regnerischen Westen. Und in der Nacht breiten sich diese Regenwolken einer Kaltfront weiter ostwärts aus. Auch gewitter und kräftige Windböen sind möglich. Die Temperaturen sinken auf 20 bis 10 Grad. Besonders mild bleibt es im Osten. Morgendienstag noch einige Schauer, nach und nach aber auch wieder vermehrt Sonnenfenster. Westwind und meist 18 bis 26 Grad. Die Landeshauptleute haben heute in Wien mit dem Finanzminister und anderen Vertretern der Regierung verhandelt, mit die Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Zukunft verteilt werden sollen. Es geht um den Finanzausgleich. Der Bund hat heute ein verbessertes Angebot auf den Tisch gelegt. Immerhin, so der Tenor unter den Landeshauptleuten, aber noch nicht genug. Eva Haslinger berichtet. Eine Annäherung aber noch kein weißer Rauch. So lautet der Befund nach der heutigen Verhandlungsrunde zum Finanzausgleich. Finanzminister Magnus Brunner habe bei der Sitzung sein Angebot nachgebessert, so kehrtens Landeshauptmann Peter Kaiser. Zwei Milliarden Euro frisches Geld auf insgesamt 2,319 Milliarden. Also deutlich mehr als die ursprünglichen Aussicht gestellten 473 Millionen Euro. Und das zusätzliche Geld sei auch dringend nötig betonen die Landeschefs, der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig. Es ist ganz deutlich, dass die Dynamik bei den Ausgaben in den Ländern und Gemeinden deutlich stärker steigt als beim Bund. Das ist im Bereich Gesundheit, insbesondere Spitäler, das ist in der Pflege, das ist in der Elementarbederkochnik, das sind die Herausforderungen im Klimawandel. Noch ist unklar, ob der Verteilungsschlüssel geändert wird oder ob das zusätzliche Geld über einen Zukunftsfonds in die Länder fließen soll. Den Fonds betreffend orte Thomas Stelzer aus Oberösterreich noch viele offene Fragen. Was heißt das jetzt konkret? Was kommt unter der

Überschrift Zukunftsfonds? Wie bewerten wir das? Eine Aufgabe auch für die Verhandlungsgruppe, die wir eingesetzt haben. Wichtig sei jedenfalls, dass die festgelegten Beträge valorisiert werden, betonen die Landeschefs. Der Ton war heute insgesamt etwas freundlicher, allerdings stellt vor Alberg's Landeschef Markus Wallner klar. Die Länder sind im Finanzausgleich und die Gemeinden und Städte auch nicht. Sie sind keine Bittsteller. Bund, Länder und Gemeinden haben in einer Partnerschaft einstimmig am Ende des Tages zu entscheiden, wie diese Steuermittel, die gemeinsam aufgebracht werden, in Österreich wieder richtig eingesetzt und richtig an die Bürgerinnen und Bürger, an die Steuerzahler wieder unverteilt werden. Vorsichtig optimistisch zeigt sich nach dem Gespräch auch Finanzminister Magnus Brunner. Es waren sehr konstruktive Gespräche, sehr offene

Gespräche, wie es immer, Gott sei Dank, mit den Landeshauptleuten ist. Also durchaus positiv. Aber wir sind natürlich noch lange nicht am Ende. Der Finanzminister nicht überrascht, dass die Landeshauptleute sein heutiges Angebot für nicht ausreichend befunden haben. Seit Monaten blockieren

ÖVP und Grüne einander gegenseitig und besetzen wichtige Positionen im öffentlichen Bereich nicht.

Wie es aussieht, hängt es an einer einzigen Person, Michael Sachs, interimistischer Leiter des Bundesverwaltungsgerichts. Er soll, wenn es nach der ÖVP geht, die Bundeswettbewerbsbehörde übernehmen. Dagegen stemmen sich die Grünen. Sie halten ihn für nicht qualifiziert. Nun zeigt eine Anfrage der NEOS. Sachs hat Entscheidungen des Höchstgerichts ignoriert zum Nachteil der Republik. Stefan Karpacher. Michael Sachs ist offenbar als Verwaltungsrichter mit

Regressforderungen

der Republik konfrontiert. Es geht um eine von einem Höchstgericht aufgehobene Entscheidung in einem Asylverfahren. Sachs soll wiederholt höchststrichterliche Rechtsprechung ignoriert haben. Bei der Aufhebung von Entscheidungen als Verwaltungsrichter liegt Sachs im Spitzenfeld seiner Kollegenschaft. Michael Sachs wollte die Sache auf Anfrage nicht kommentieren. Und das Justizministerium

betont, man könne keine Auskünfte zurückersatzansprüchen gegenüber einem konkreten Organ geben.

Schadenersatzforderungen gegen die Republik und im Fall des Falles auch Regressforderungen gegenüber

einem Richter kämen aber immer wieder vor. NEOS-Abgeordnete Stefanie Krisper will jetzt konkrete

Antworten. Niemand mit einer derartigen Heberquote. Der zuständig ist für die Qualität der Arbeit am Gerichtshof durch die Dienstaufsicht. Das ist ein untragbarer Zustand. Heber, das sind Aufhebungen von Entscheidungen durch Höchststrichter. Sachs liegt da im Spitzenfeld. 16 waren es laut

NEOS 2020, 14 im Jahr darauf. Er soll aber gleichzeitig Vorbild und Mahner für die Kollegenschaft sein. Das gehe es sich nicht aus, meint Krisper, weder für die Interimsführung des Bundesverwaltungsgerichts noch für eine Bestellung als Chef der Bundeswettbewerbsbehörde.

In der Erzdeckhammer herrscht seit längerem eine gewisse Unruhe, um es vorsichtig zu sagen.

In der Vorwoche soll es bei einer Sitzung zu Rämpel ein gekommen sein. Heute hat sich Gesundheitsminister Johannes Rauch zu dem Konflikt geäußert. Er fordert die Beteiligten auf rasch eine Lösung zu finden. Das dürfte aber nicht so einfach sein. Teile der Erzdeschaft fordern,

Kammerpräsident Johannes Steinhardt müsse abgelöst werden, Jürgen Pettinger berichtet. Wegen Untreue und Betrug ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Monaten bereits im Zusammenhang mit der ehemaligen Erztekkammertochter Equip vor Ordi. Als Beschuldigter wird unter anderem auch der amtierende Präsident Johannes Steinhardt geführt. Erich Randall Huber, Kurienobmann der niedergelassenen Ärzte, wirft ihm jetzt auch noch vor, die Aufklärung zu behindern.

Ich fordere im Prinzip, dass die Stadt Wien und das Gesundheitsministerium aktiv werden und den Präsidenten durch einen Kommissar ersetzen. Die Stadt Wien ist Aufsichtsbehörde der Ärztekammer und prüft die internen Vorgänge offenbar gerade. Gesundheitsminister Johannes Rauch

will vorerst nicht einschreiten. Und es ist einfach Aufgabe der Kammer, da jetzt wohl einen Schulterchluss zu vollziehen und zu sagen, lass uns das beenden. Ärztekammerpräsident Johannes Steinhardt war heute nicht zu erreichen. Er bestreitet aber von Anfang an alle Vorwürfe gegen ihn. Achtung, sieben Minuten internationale Themen im Abendjournal. Die Regierungen der USA und des Iran haben sich auf einen Deal geeinigt, um Gefangene auszutauschen. Obwohl die beiden Staaten offiziell keine Gesprächsbasis haben, haben sie da diese Einigung gefunden. Fünf seit Jahren im Iran, inhaftierte Amerikaner konnten heute das Land verlassen. Im Gegenzug werden fünf in den USA angeklagte oder bereits verurteilte Iraner freikommen. Außerdem legen die USA ein paar Milliarden Dollar drauf, indem sie eigentlich durch Sanktionen gesperrtes, iranisches Vermögen freigeben. Begeht schwarz mit den Hintergründen.

Die ersten Bilder der befreiten US-Amerikaner entstehen direkt auf dem Rollfeld des Flughafens in Doha. Zu sehen sind müde und erleichtert wirkende Menschen, die langsam die Gangway hinuntersteigen. US-Außenminister Anthony Blinken reagiert in New York auf die Freilassung. Ich habe mit ihnen nach ihrer Landung in Doha gesprochen und ich kann ihnen sagen, es war für sie und für mich sehr bewegend. Es war ein Deal Freiheit gegen Geld. Freiheit für fünf US-Bürger mit iranischen Wurzeln, die zu langen Haftstrafen im Iran verurteilt waren und Geld für den Iran. Geld aus früheren Ölgeschäften, das in Südkorea eingefroren war, seit die USA und der Präsident Trump aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen sind. Als Teil des Deals haben die Amerikaner den Transfer von rund 6 Milliarden Dollar nach Qatar genehmigt. Qatar war bei den Verhandlungen mittels Mann. US-Präsident Joe Biden reagiert

in einem kurzen Statement und sagt, fünf Amerikaner kommen endlich nach Hause. In den USA ist Biden für den Deal von republikanischer Seite scharf kritisiert worden. Es sei die höchste Lösegeldzahlung in der Geschichte, der Iran könne das Geld auch für militärische Zwecke missbrauchen. Beiden widerspricht und kündigt gleichzeitig neue Sanktionen gegen den Iran an wegen ungerechtfertigter Inhaftierung. In Qatar sind heute auch zwei der als Teil des Deals freigelassenen Iraner aus den USA eingetroffen. Drei Iraner wollten lieber nicht zurückkommen. Vor acht Jahren hat sich die UNO-Ziele gesetzt, was bis zum Jahr 2030 in Sachen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Gerechtigkeit erreicht werden soll. Zur Halbzeit fällt die Bilanz ernüchternd aus. Morgen beginnt in New York die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Im Vorfeld versucht die UNO, mit einer Nachhaltigkeitskonferenz ihrem Programm neuen Schwung zu geben. Thomas Langphal berichtet. Die Beseitigung von Hunger, Gleichstellung der Geschlechter, Gesundheitsversorgung

für alle, nur drei von 17 Zielen, die sich die UNO gesetzt hat, bisher sind nur 15 Prozent erreicht worden. Geht es in diesem Tempo weiter, werden die Ziele auch 2030 verfehlt werden. Wir müssen

unsere Bemühungen daher verstärken, sagt Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Rede beim Nachhaltigkeitsgipfel. Die Auswirkungen der Klimakrise des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, die schwache Weltwirtschaft und die Nachwirkungen der Covid-Krise haben unseren Manglern Fortschritt offengelegt. Beim Klimawandel nähert sich die Welt KIP-Punkten, daher können man sich ihr Untätigkeit nicht leisten, so von der Bellen. Die Welt hört den Warnungen allerdings immer weniger zu. Die Staatschefs von Russland und China bleiben der heurigen Generalversammlung ebenso fern wie die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und Indien. Der Gerichtshof der Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof in Den Haag befasst sich seit heute in einem Prozess mit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Juristisch geht es um Folgendes, die russische Führung rechtfertigt ihren Angriffskrieg damit, dass die Ukraine angeblich einen Völkermorden Russen im Donbass begangen hätte. Dagegen hat die Ukraine beim internationalen Gerichtshof geklagt und will festgehalten haben, dass der Vorwurf des Völkermords ein Vorwand sei, Markus Müller über den Beginn des Verfahrens heute. Die Ukraine hat keinen Völkermord im Donbass begangen. Genau das will die ukrainische Regierung durch ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bestätigt bekommen. Denn genau mit diesem Vorwurf, dem angeblichen Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung im Ostenes Landes, hatte Moskau den Angriff im vergangenen Februar begründet oder wie es Kiev im Verfahren ausdrückt, Russland habe die unaufvölkermordskonvention als Kriegsvorwand missbraucht. Begonnen hat das Verfahren in Den Haag heute mit der Anhörung des russischen Vertreters, der ukrainische Standpunkt sei hoffnungslos verfehlt. Ukraine's legal position is hopelessly flawed, sagt Genade Kusmin, der Vertreter der russischen Federation. Der internationale Gerichtshof ist das zentrale Rechtsprechungsorgan der UNO. Seine Urteile sind rechtlich bindend, es gibt aber nur wenig Instrumente, sie gegen den Widen der Beteiligten auch durchzusetzen. Nach dem russischen Angriff hatte die Ukraine einen Eilantrag eingebracht, Russland solle seinen Angriff sofort einstellen. Der Gerichtshof hatte diesem Antrag auch zugestimmt, Russland argumentiert allerdings, dass er für die Klärung dieser Fragen gar nicht zuständig ist. In den kommenden Tagen werden auch die Ukraine und weitere 30 Staaten, darunter auch Österreich, ihre Argumente vor dem internationalen Gerichtshof vorstellen.

Getreide lieferungen aus der Ukraine sorgen in der EU für Streit. In Ungarn, Polen und Slowakei machen sich Bauern und die Regierungen sorgen, dass heimisches Getreide nicht mit dem Billigeren aus der Ukraine konkurrieren könne. Die drei Länder wollen deshalb kein ukrainisches Getreide ins Land lassen, was den Regeln der EU-Kommission zu widerläuft. Die Ukraine droht mit Klage vor der Welthandelsorganisation. Raffela Scheidtreiter aus Brüssel. Polen gilt als größter Unterstützer der Ukraine in der EU, doch wenn es um die eigenen Bauern geht, scheint die Solidarität zu bröckeln. So wie Ungarn und die Slowakei will auch Polen weiter kein Getreide, keinen Raps oder Sonnenblumen aus der Ukraine ins Land lassen, er Sorge, dass die Menge den Preis für heimische Ware drückt. Die Regierung in Kiev droht gar die Welthandelsorganisation einzuschalten und die Landwirtschaftsminister Deutschlands und Spaniens lassen heute in Brüssel wissen, dass Vorgehen der drei EU-Länder dürfte EU rechtswidrig sein, wo doch im gemeinsamen Markt der 27 EU-Länder alle die gleichen Regeln befolgen müssen. Österreichs Landwirtschaftsminister Norbert Totschnik von der ÖVP meint,

Österreich

halte sich daran und lässt auch weiter seine Grenzen für ukrainische Ware offen.

Wir machen ja keine unilateralen Maßnahmen, wir setzen hier auf einen funktionellen Binn im Markt und dass die Kommission hier eingreift und eine Lösung erzielt.

Die EU-Kommission ist für den Handel zuständig und hat am Freitag angeordnet,

Einfuhrverbote für ukrainische Waren aufzuheben. Polen, Ungarn und die Slowakia

widersetzen sich damit den Vorgaben aus Brüssel, eine Kommissionsprecherin bestätigt.

Wir analysieren die Messerung, also können wir nicht wirklich sagen, was auf die konkrete

Basis ist. Die EU-Kommission analysieren nun das Vorgehen der drei EU-Länder. Ein Strafverfahren gegen die drei wäre rechtlich denkbar, politisch aber angesichts dieser sensiblen Sache ziemlich heikel.

Die Autobahngesellschaft Asfinak muss die Tunnel auf der Tauernautobahn in Salzburg sanieren.

Sie hat sich entschlossen alle fünf auf einmal in Angriff zu nehmen, dass seit die schnellste

Möglichkeit das Dauer dabei immer noch zwei Jahre und das ist eine Aussicht, die viele Autofahrer

ebenso wenig freut wie Unternehmer in der Region. Bei der Asfinak verteidigt man den Plan, es

Liege auch an den Autofahren sich auf die Behinderungen einzustellen, Konstanze Kreuzberg

Nach den bis zu vier Stunden Stau am Wochenende und Staus im Frühverkehr an jedem Werktag

liegen bei vielen die Nerven blank. Beispielsweise bei Manfred Brucker, der neben seiner Funktion als

Bürgermeister von Sankt Faydim Pongau auch einen Metallbetrieb leitet. Große Handwerksbetriebe,

die in der Baubahn unterwegs sind, die trifft das Foy. Die Konsequenz ist, wir fangen einfach

leidend los und dann fertig. Brucker fürchtet, dass die wirtschaftlichen Folgen für die Region

unterschätzt worden sind. Meine Montere brauchen auch Hallein, Hin und Retour vier Stunden. Die

Asfinak sieht keine Versäumnisse bei der Planung der Baustelle. Geschäftsführer Andreas Vrom

nimmt

vielmehr die Autofahrerinnen und Autofahrer in die Pflicht. Ich glaube ganz wichtig ist, dass auch

die Informationen, die wir geben, genutzt werden, dass man sieht, zu welchen Tageszeiten kann man

gut zu- und abfahren zu den Baustellen. Wir richten das im Internet und auch an der Strecke. Die

Asfinak erhält Unterstützung vom Verkehrsexperten Günter Emberger von der Technischen

Universität

Wien. Er zeigt sich überzeugt, dass die gleichzeitige Sanierung aller fünf Tunnel die sinnvollste

Lösung ist. Kleine Veränderungen hält aber auch eher für notwendig. Vor allem im Hinblick auf den

Auswegverkehr, also sprich aufs Niederangehensstraßennetz. Das heißt, es wird wahrscheinlich

sinnvollerweise

eine Abfahrtverbote geben müssen für den Transitverkehr. Der Salzburger Verkehrsreferent Stefan

Schnöll von der ÖVP jedenfalls verlangt einen Verkehrskipfel mit der Asfinak und den

Bürgermeistern

der betroffenen Gemeinden. Auf dem Rettenbach Gletscher bei Sölden in Tirol sind seit Monaten

Bagger und Lastwagen am Werk. So viel steht fest, umstritten ist, was sie dort genau machen. Die

Vertreter der Bergbahnen sagen, es handelt sich um notwendige Arbeiten, um den Skibetrieb zu

sichern und die ersten Weltkapprennen Ende Oktober. Umweltschützer formulieren es anders. Der

ohnehin

schwer angegriffene Gletscher werde zum Teil abgetragen, um die Piste zu begradigen. Veronica

Mahler berichtet. Greenpeace habe einen anonymen Tipp bekommen. Daraufhin habe man sich

selbst ein

Bild am Rettenbach Gletscher gemacht, sagt Sprecherin Ursula Bitner. Man sieht, dass von unten nach

oben der Gletscher sukzessiver zerstört wird. Also da stehen die Bagger auch direkt in Gletscher drinnen, tragen diesen Schnee ab. Der Bürgermeister von Sölden Ernstschöpf von der ÖVP versteht die

Aufregung nicht, denn die arbeiten sein seit Monaten im Gange und betreffen den Bereich, wo sich der Gletscher schon zurückgezogen hat. Ein Umweltverträglichkeitsverfahren habe es nicht gebraucht. Hier werde der Skisport gegen den Naturschutz ausgespielt, sagt die Greenpeace-Sprecherin.

Es braucht hier eigentlich Priorität und Priorität müssen unsere Ökosysteme und die Arten vielvoll sein. Und es sind auch einige Passanten, die dort sind, Wanderer, erschüttert darüber, dass dieser Gletscher hier abgetragen wird, dafür, dass die Piste erhalten bleibt und dass man dann bis nach unten abfahren kann. Ähnlich sieht man das beim Alpenverein, der jährlich den sogenannten Gletscherbericht veröffentlicht, sagt Liliana Dagustin. Das ist eben die aufrechter Haltung des Skibetriebs. Das sind die Ihren Maßnahmen, die im Sommer getroffen werden müssen, damit wir dann

viel zu früh im Herbst bereits wieder skilaufen können. Gegen solche Eingriffe, so Dagustin, braucht es einen gesellschaftlichen Aufschrei. Das Gesundheitsministerium hat heute eine neue Informationskampagne zur HPV-Impfung gestartet. Die Impfung gegen die humanen Papillomavirn ist seit Februar gratis für alle zwischen 9 und 21 Jahren. In diesem Alter wirkt die Impfung am besten,

sie schützt vor diversen Krebsarten, zum Beispiel Gebärmutterhalskrebs. Auch dieses Impfangebot wird in Österreich weniger angenommen als in anderen Ländern, Rosanna Azara.

Nur etwa die Hälfte der unter 21-jährigen ist Schätzungen zufolge gegen HPV geimpft. WHO-Ziel ist eine Durchimpfungsrate von 90 Prozent. Die Infektion mit HPV verläuft meist unbemerkt, kann aber unter anderem Gebärmutterhalskrebs oder Mundrachenkrebs auslösen. Pause Wälder von der österreichischen Krebshilfe. Man kann es nicht behandeln, aber durch die Impfung kann man es zu mehr als 90 Prozent, 95 Prozent verhindern, dass es Erkrankungen verursacht.

Die neue eine Million Euro teure Kampagne soll rund um die kostenlose HPV-Impfung aufklären. Sie richtet sich vor allem an jugendliche Impupatietsalter und deren Erziehungsberechtigte.

Gesundheitsminister Johannes Rauch von den Grünen. Weil es einfach wichtig ist, den Leuten auch klar zu machen, Leute, es gibt tatsächlich eine Impfung, die hilft, wirkt gegen Krebs.

Sagt der Gesundheitsminister. Wohnbaukredite sind seit gut einem

Jahr nicht mehr so leicht zu bekommen. Es gelten strengere Regeln mit dem Ziel, dass sich Leute nicht so stark verschulden. Banken und die Bauwirtschaft klagen, die Regeln seien zu streng. Viel zu wenige könnten sich so Wohnungen oder Häuser kaufen. Die Finanzmarktaufsicht FMA sieht dagegen keinen Grund, die Auflagen für die Wohnkredite zu lockern. Volker Obermeier. Die Aufsicht mahnt zu Vorsicht und Zurückhaltung. Sowohl kreditnehmer als auch

die Banken. 20 Prozent Eigenmittelanteil, 35 Jahre Laufzeit und 40 Prozent des Nettoeinkommens für

die Monatsrate seien international üblich, sagt Vorstand Helmut Etl. Das sind durchaus sehr,

sehr woltussierte Standards, eigentlich Standards, die immer eigentlich eingehalten werden sollen. Es gebe derzeit keine neuen Daten, die dafür sprechen, die Regeln aufzuweichen. Prüfen will die FMA künftig verstärkt die Kreditvergabe der Banken. Grund dafür seit die im internationalen Vergleich hohe Zahl an variablen Wohnbaugrediten. Auch fellig sei, dass seit der Zinswende der ECB der Anteil deutlich gestiegen ist, auf etwa 50 Prozent. Energieabhängigkeit. Ein Problem in Europa,

Russland beim Gas, Saudi Arabien beim Öl und jetzt China beim Lithium. Die EU-Ratspräsidentschaft

warnet die Mitgliedsstaaten, dass die Autohersteller in Europa bis 2030 komplett von China abhängig sein werden, um Batterien für E-Autos herstellen zu können. Diesen Umstand zu bejammern bringt aber

nichts heisses von Leuten, die sich mit der Autobranche beschäftigen. Manuel Marold berichtet. Von Hysterie der EU spricht der deutsche Automobilexperte Ferdinand Tudenhöfer anstatt die Abhängigkeit von China zu beklagen, sollten lieber Lithiumvorkommen innerhalb Europas erschlossen

werden. Deutschland und die Schweiz einfach den Obereingraben nehmen. Da sind jede Menge vorhanden

in Norwegen und Schweden. Dort sind ebenfalls Vorräte vorhanden. Also erst mal gucken, was wir zu Hause haben.

Und Logistikexperte Franz Staberhofer von der Fachhochschule Oberösterreich sagt, das Problem sei weniger die Lithiumverfügbarkeit, sondern die Aufbereitung des Materials, die werde in Europa gar nicht durchgeführt, weil der Prozess energieintensiv und teils umweltschädlich sei. Und deshalb ist man durchaus dankbar, dass China das macht und wir sind ein bisschen wie Gott. So Staberhofer. Alles wird immer teurer. Schlagzeilen dieser Art haben sie oft genug gehört. Jetzt einmal die Meldung, dass etwas nicht teurer wird. Die ÖBB werden heuer, wenn der Fahrplanwechsel im Dezember in Kraft tritt. Die Ticketpreise nicht erhöhen. Paul Siehorsch. Üblicherweise erhöhen die ÖBB immer zum Fahrplanwechsel die Preise. Heuer ist das der 10. Dezember. Diese Erhöhung bleibt aus. Standard-Tickets werden nicht teurer. Auch die Regel, wer früher bucht, zahlt weniger als spätbucher, bleibt laut ÖBB bestehen. Unklar sei noch, wie Nachzug-Tickets künftig bepreist werden. Mit dem Fahrplanwechsel gibt es ja neue Züge und damit neue Kabinen, womöglich drehen die ÖBB hier noch an der Preisschraube. Auch

Bahnreisen ins Ausland könnten noch teurer werden. Zwei erhöhen die ÖBB ihren Anteil nicht, wie es

heißt, allerdings sei die Preisgestaltung anderer Länder noch unklar. Das große Preisänderungen ausbleiben im Dezember ist nicht überraschend. Die ÖBB haben ja erst im Juni die Preise um im Schnitt 5,8 % hochgeschraubt. Schon damals haben sie angekündigt, dass es im Dezember keine weiteren Anpassungen geben soll. Die Nachrichten im Abendjournal Martin Balder, bitte. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern gibt es offenbar Bewegung. Laut Gerntenslandeshauptmann Peter Kaiser hat Finanzminister Magnus Brunner sein Angebot heute bei einer

ausordentlichen Sitzung in Wien nachgebessert. Demnach soll es 2 Milliarden Euro mehr für Länder und Gemeinden geben. Ob über einen neuen Verteilungsschlüssel oder über einen Fonds ist noch unklar. Der Iran hat im Rahmen eines gefangenen Austauschs 5 US-Bürger freigelassen. Die

Amerikaner sind bereits unterwegs zurück nach Hause. Die USA begnadigen im Gegenzug 5 Iraner, die dort verurteilt oder angeklagt worden waren. Über die wurden 6 Milliarden Dollar an iranischen Geldern freigegeben, die wegen der Finanzsanktionen gegen Tehran in Südkorea eingefroren waren. Die Ukraine hat nach eigenen Angaben bei ihrer Gegenoffensive im Osten des Landes die russische Verteilungslinie durchbrochen. Nach der Rückeroberung zweier Artschaften nahe der Stadt Bachmut seien nun die feindlichen Linien durchstoßen worden, so der Kommandant der ukrainischen Bodentruppen General Oleksandr Sirski. Die Türkei erhält nach dem verheerenden Erdbeben im Februar 400 Millionen Euro Katastrophenhilfe von der EU. Der Rat der Mitgliedstaaten hat

einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt. Bei den Beben waren mehr als 50.000

Menschen ums Leben gekommen. In Italien hat die Rechtsregierung von Ministerpräsidentin George Meloni härtere Maßnahmen gegen Grazion beschlossen. Unter anderem soll die maximale Dauer der Abschiebehalt von 12 auf 18 Monate verlängert werden. Das Verteiligungsministerium soll Lager für illegal eingereiste Migranten schaffen in wenig besiedelten Regionen. Das Wetter heute Nacht von Westen von mehr Trägen vereinzelt auch Gewitter. Morgen noch einige Schauer, nach und nach aber auch wieder Sonnenfenster. Westwind und Mainz 18 bis 26 Grad. Dankeschön, ihr Abendjournalteam mit Paul Schiefer, Bernhard Ortmayer und Christian Williwald. Danke für Ihr Interesse. Gleich 18.25 Uhr geht es um ein dunkles Kapitel in der Schweizer Geschichte. Monika Feldner, Zimmermann, bitte. Guten Abend. Wir schauen uns an.